

→ KULTUR UND DEMOGRAFIE: DIE EUROPÄISCHE DIMENSION¹

MICHAEL DAXNER

»Diese Ausgeschlossenen aber drängen nun an die Schaufenster, hinter denen die Reichen der Erde sitzen. Der Druck vor den Schaufenstern wird stärker werden. Ob uns diese Migration passt, ist nicht mehr die Frage. Die Frage ist, wie man damit umgeht, wie man sie gestaltet und bewältigt. Migration fragt nicht danach, ob die Deutschen ihr Grundgesetz geändert haben, sie fragt nicht danach, ob einige EU-Staaten sich aus der Genfer Flüchtlingskonvention hinaus-schleichen [...]. Die Migration ist da.« (Heribert Prantl, Süddeutsche Zeitung, 29./30.10.2005)

I.

Das Thema ist überfällig und wird doch nur zaghaft diskutiert. Die Bereiche Demografie und ›Brain Circulation‹ werden nicht gemeinsam, sondern bürokratisch getrennt von einander politisch verwaltet. Was beide mit Kultur zu tun haben, ist auf allen Ebenen umstritten. Ironisch könnte man sagen, was früher für die Geografie gegolten hat, stimmt heute für die Demografie: *Elle sert d'abord à faire de la guerre ...* (»Sie dient vor allem dazu, Krieg zu führen«).

Wir haben noch nicht zur Kenntnis genommen, dass Millionen Menschen auch bei uns, in Europa, ›on the move‹ sind; dass das Bürgerrecht auf Mobilität und die zwangsweise Migration aus Not, politi-

-
- 1 Beitrag zum abschließenden Podium der Tagung, erweitert um einige Anmerkungen neueren Datums und die Reflexion der Diskussion. In Abschnitt III sind Elemente einer früheren Veröffentlichung, »Kulturpolitik unter Nachbarn«, verarbeitet, die in deutscher und tschechischer Sprache umfangreicher und mit anderem Schwerpunkt zugänglich ist: Politická kultura a občan – Politische Kultur und Bürger. Kulturpolitik unter Nachbarn, in: Eugenie Trützschler von Falkenstein und Emil Voracek (Hg.), Politische Kultur – Politická kultura. Prag 2004.

scher Verfolgung, Vertreibung oder naturbedingter Delogierung ein Regelfall für Millionen Menschen geworden ist. Wir scheuen uns hinzusehen, wenn Mobilitätsprogramme mit Partnern, die in ein, zwei Jahren zur EU gehören werden, an kleinlichen Visa-Problemen scheitern. Wir beobachten »Brain Drain« mit Sorge, streichen unseren »Brain Gain« schamvoll ein, und haben keine Politik für die »Brain Circulation« gefunden.

Wie absurd sich die Frage stellt, ob wir ein Einwanderungsland sind, wenn man die Immigrationswellen bzw. die Emigrationsereignisse in große historische Zusammenhänge setzt, kann ermesen, wer sich den Salzburger Protestanten in Brandenburg, den Polen im Ruhrgebiet, den Russlanddeutschen hier, den jüdischen Einwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion dort zuwendet. Als Österreicher in Deutschland bemäke ich oft, dass ausgerechnet die Deutschen sich so gerne »deutsch« fühlen wollen, hybride Nachromantik, was sollen denn wir Österreicher sagen, gar wir Wiener: Fühlen wir uns deutsch, österreichisch, cisalpin ... ? Als Jude in Deutschland bemäke ich, dass die Frage nach den deutschen Juden bzw. den jüdischen Deutschen noch immer virulent ist, und als deutscher Staatsbürger in Österreich fällt mir auf, wie unvermittelt und brüsk der kulturelle Nationalismus bzw. Rassismus meiner Heimat den biologistischen deutschen zu übertrumpfen versucht – zum Glück in beiden Ländern nicht repräsentativ und mit leidlich geringen Folgen.

Ich lasse mich auf die Kulturfrage also *ex negativo* ein, aus der Erfahrung, dass augenscheinlich keine historische Erfahrung zu »lessons learned« führt. Leitkulturdiskussionen oder die Frage, wie christlich das Abendland denn nun wirklich sei, um die Türkei zu ertragen, sind obskur. Die Hälfte des Kontinents war länger muslimisch als der anderen bewusst ist, und wird es wieder, wenn Südosteuropa den Integrationsprozess abgeschlossen hat. Kultur wird in der Tat zur Schlüsselfrage, aber nicht im Sinne von Huntington oder anderen Überfremdungsneurotikern, sondern als »integrierende Differenz«. Dies nämlich wäre die These: dass sich mit schwächer werdenden Nationalstaaten und im Zuge einer Supranationalität die neue Weltinnenpolitik nicht mehr politisch oder ethnisch, sondern nur mehr

ökonomisch, sozial und kulturell ausdifferenziert. Auf Europa konzentriert bedeutet das, dass alle irgendwie ›Nachbarn‹ sind, dass alle irgendwie sich nicht nur systemischen Normen und Regulierungen unterwerfen, sondern auch den lebensweltlichen Traditionen, Regeln und Konkurrenzen in Lebensstil und biografischer Aspiration. Alle heißt in der Tat ›alle‹. Es macht soziologisch und kulturell einen Unterschied, ob die kollektive Identität systemisch, z.B. als Staatsbürger, Asylbewerber, Fremde und Einheimische, Bildungsinländer usw. definiert wird, oder ob sie sich lebensweltlich in der Konkurrenz von Generationen, Lebensstilen, kulturellen Präferenzen, kurz: in einer offenen Diversität ausdrückt, die sich nicht durch Mehrheitsprinzipien, sondern durch Intensitäten und Glaubwürdigkeiten repräsentiert und deshalb unterschiedliche Affinität zu den Regeln des ›Systems‹ – bei notwendiger und rechtsstaatlich durchzusetzender Gesetzestreue – besitzt. Diese etwas massive Umschreibung eines liberalen Konsenses ist notwendig, um weder Beifall von den Staatsanbetern (›Das System steht für sich‹) noch von den Ultradifferenzierern (›Jede Lebenswelt für sich ist ein geschützter Raum‹) zu bekommen.

II.

Wenn diese Einführung hingenommen wird, sollen einige Rahmenbedingungen sehr schematisch – und bewusst etwas undifferenziert – das Realismusprinzip fördern:

- Europa wird kontinentaler, d.h. nicht die Konkurrenz zwischen Ländern und Staaten oder Kulturregionen wird wichtiger, sondern Europa als ›Global Player‹ im Wechselspiel mit anderen Großregionen.
- Wenn Europa tatsächlich weiblicher, jünger (durch Immigration) und älter (durch sinkende Reproduktionsraten in den bisherigen Sozialgefügen), vielsprachiger (durch Immigration) und anglophoner wird, dann müssen die bestehenden Mobilitätsprogramme überprüft werden, damit die einzelnen distinkten Gruppen in der ›Brain Circulation‹ eine faire Chance auf Zugang zum Arbeits-

markt bekommen und nicht nur innerhalb ihrer Lebenswelt sozialisiert werden.

- Die Formel, dass die im ›Drain‹ abgebenden Systeme immer einen stärkeren Verlust erleiden als die aufnehmenden Länder im ›Gain‹ gewinnen, muss zu einem integrierten Kompensationsverfahren innerhalb der EU, z.B. im 8. Rahmenprogramm usw. führen.
- Für die überalterten Regionen muss es nicht nur eine Einwanderungspolitik, sondern eine Ansiedlungsstrategie geben.

Innerhalb dieses Rahmens kommt jetzt die Kultur zum Tragen. Kultur hat sich ausgebreitet in einem Begriffsland fast ohne Grenzen. Ich bin gegen einen totalen Kulturbegriff, der sich als nicht mehr gesellschaftlich vermittelt darstellen lässt, sondern alles so penetriert, dass die sozialen und moralischen Dimensionen unter ihn subsumiert werden, anstatt in Spannung zu ihm zu stehen. (Es geht mir nicht um Etymologien, aber die agrarische Wurzel von Kultur und Erziehung mag uns daran erinnern, dass es sich hier um Metaphern handelt, die eine bestimmte gesellschaftliche Dynamik [›Sozialisation‹] im Blick haben, die sich dann wiederum in Bildung und Ausbildung [›Formation‹] auflöst.)

III.

Nachbarn machen normalerweise keine Politik miteinander, sie regeln ihre Alltagskontakte und Konflikte, arrangieren ihre lebensweltlichen Praktiken, verzetteln sich oft in Kleinlichkeiten, sind heroisch verbündet bei Straßenfesten und lokalen Bürgerinitiativen. Politik ist etwas, das weit entfernt in der Bürgermeisterei, in der Hauptstadt oder beim Heiligen Vater gemacht wird.

Solches Strickmuster für den Spießbürgeraltar wird entworfen, wenn die großen Probleme ausgeblendet oder auf das Niveau einer Alltäglichkeit gedrückt werden, die zwischen Ländern und Volksgruppen so nie geherrscht hat. Nur kommt das heute nicht als Wettkampf der Trachtenkapellen und Tanzgruppen daher, sondern als Kulturpolitik. Diese versäumt fast nie, das fremde Element – ›unsere türkischen Mitbürger‹, ›unsere jüdischen Mitbürger‹, ›das neue jüdische Leben

in unserer Mitte, ›unsere Gäste aus fernen Ländern‹ – so zu benennen, dass Differenz zum Einigungsfaktor wird. Dennoch kommt immer ein Possessivum ›unser(e)‹ vor, das das Paradox der Einverleibung des Fremden zum Zweck der Aufrechterhaltung der Differenz mit sich trägt. Ist das so schlecht? Ich denke, es ist ungut, weil es nicht von der Aufhebung der Differenz durch Anerkennen der Diversität getragen ist, sondern von dem höchst ambivalenten Gedanken, dass ›uns‹ das Andere bereichern oder stärken könnte.

Konservative wollen gerne zu vergangenen Nationalkulturen zurückkehren. Sie stimmen den hohen Ton oder folkloristische Töne an. Ihnen geht es um Kontinuitäten mehr als um Prozesse. Progressive konzentrieren sich auf die Brüche in der Entwicklung und auf kulturelle Verwerfungen. Auch bei ihnen, wie bei der Gegenpartei, werden Ausgrenzung, Marginalisierung, Abgrenzung sichtbar.

Obwohl sich die kulturwissenschaftliche Forschung² jede Mühe gibt, werden die Strukturen der Kulturpolitik von ihr so wenig bestimmt, wie die Hochschulforschung die nationale Wissenschaftspolitik mitgestalten kann – von Ausnahmen abgesehen. Kulturpolitik als Instrument der regionalen Außenpolitik hat lange Zeit versucht, die Grenze zwischen dem Eigenen und dem Anderen oder Fremden festzulegen, um das Gemeinsame als das vom jeweiligen Partner zu Akzeptierende zu definieren. Grenzen werden überschritten, wenn es darum geht, die eigene Identität zu festigen. Kulturabkommen waren die auf Gegenseitigkeit beruhende Regelung des Identitätsausgleichs in den Grenzen der Nichteinmischungsdoktrin. Die Tauschbedingungen, ›Austausch‹ als Leitmetapher, waren eher vom Empfänger bestimmt. Es sollte nichts gezeigt, gehört, gesagt werden, das der eigenen Interpretation von Thema oder Objekt zu sehr widerspricht. Also blieb das Widerständige den wissenschaftlichen Symposien ›oben‹ und dem alltäglichen inoffiziellen Tauschgeschehen ›unten‹ vorbehalten.

2 Gleichwohl verdienen Ansätze wie das österreichische Kulturwissenschaftliche Forschungsprojekt, 1998-2003, gefördert vom Wissenschaftsministerium (BMBWK), jede Unterstützung und Wiederholung. Vgl.: Lutter 2003.

ten. Deklamatorische Multikulturalität wird allemal vom Zaun überschreitenden Frauenhandel, Schmuggel und von den Verkehr gewordenen Vorurteilen übertroffen.

Die Europäische Union, das Entstehen supranationaler Zusammenschlüsse, globale Präferenzen, die regionale Nachbarschaftskonflikte aushebeln, neue, vordem unbekannte Nationalismen und Identitätspolitiken geben uns einen Vorgeschmack von der neuen Weltinnenpolitik. Unter dem Aspekt der Globalisierung wird die Bedeutung des Angrenzens, der Grenzfläche revidiert.

Plötzlich ist es unerheblich, ob Austausch und Mobilität auf dem guten Willen und Idealismus von versöhnungsbeflissenen Epigonen der Nachkriegszeit beruhen. Bis auf die ständig präsente Eigentumsfrage – Grund und Boden, Kunstgegenstände – sind die Regelungen nach 1945 längst überbaut. Aufmerksame Beobachter und Akteure haben das seit 1989 genau beobachtet. Das Ergebnis ist nicht überraschend, aber der Diskurs ist noch nicht bei sich und der Realität angekommen. Gibt es eine Rückkehr der Stereotype, überall, in den Niederlanden, in Polen, in Deutschland oder Österreich? Was bedeutet es, wenn die österreichische Regierung nur einheimische Verurteilte in österreichischen Gefängnissen behalten will, und die anderen in ihren Heimatländern einsitzen lassen möchte? Was bedeutet der Zusammenhang zwischen der verdrängten und unvollkommenen Aufarbeitung und dem Votum gegen die EU-Verfassung in den Niederlanden? Was bedeutet das schändliche Spiel um die Aufnahme Kroatiens und der Türkei in die Europäische Union? Die kurzschlüssigen Rekurse auf Interessen genügen nicht, hier sind kulturelle Brüche zu vermerken, die, ich betone es noch einmal, nicht mit Huntingtons simpler Philosophie³ übereinstimmen.

Es hat ja eine große Bedeutung gehabt, dass nach 1945 einige Gesellschaften, die deutsche und die österreichische zumal, begonnen haben, Vergangenheit nicht nur zu entsorgen, sondern zu bearbeiten, statt sie einfach aufzuarbeiten und abzulegen in der Kulturpo-

3 Die sich in seinem neuen Buch mehr noch als in »Clash of Civilizations« ausdrückt: »Who are We? Die Krise der amerikanischen Identität«, 2005.

litik. Das ist ganz gut gelungen, allen Desideraten und Kleinlichkeiten zum Trotz. Zu befürchten steht, dass die Erfolge gar nicht weitergeführt werden, weil der neue Diskurs sie alle so massiv überbaut, dass man schon gar nicht mehr die Ablage der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts besorgen muss, sondern dass sie bereits erfolgt ist. Was die Migration aus dem ehemaligen Ostblock und die ›Brain Circulation‹ mit ihm betrifft, so gilt: Die Kultur zwischen den Nachbargesellschaften und ihren staatlichen Kulturpolitiken ist nicht erst seit 1989 nicht mehr durch das zentrale Datum 8. Mai 1945 bestimmt. Das ist für die geschichtsbewussten, republikanischen, europäischen, gebildeten und verantwortlichen Menschen der Jahrgänge bis 1950 schwer zu bewältigen. Selbst ein nicht durch die stalinistischen und epigonalen kommunistischen Regime geformter Antifaschismus gibt so wenig eine Leitkultur her wie die jämmerliche Identitätspolitik einzelner Staaten. Die Desillusionierung vom europäischen Westen führt, wie z.B. zur Zeit in Polen, zu einer stärkeren transatlantischen Bindung, mehr noch aber zu einer trotzig, negativ-kulturellen Introversion, die der Migration bzw. Wanderung andere als pragmatische Kontexte einschreibt.

Den Amerikanern ist man dankbar für die Befreiung, der Europäischen Union aber nicht dafür, dass sie neue Länder in ihre Reihen aufnimmt. Es ist eine subtile Rache für die Einladungsakzession, als ob Europa-West, weil fortgeschritten, das Recht gehabt hätte, die neuen Staaten in Europa-Ost, Gesellschaften des Übergangs, zum Beitritt einzuladen, aber zu den Bedingungen von Brüssel. Umgekehrt ist die Brüsseler EU, bei aller massiven und berechtigten Kritik, doch das wunderbare Experiment einer supranationalen Überwindung des Nationalstaates, und das fällt gerade in die Periode, in der sich nachholende Nationalisierung von der Indienstnahme des Nationalen durch den Sozialismus zu emanzipieren suchte. Diese Aporie macht größere Sorgen als das populistische Trittbrettfahren der meisten Regierungen in Ost und West, die eine ›Identitätspolitik light‹ zur befristeten Wiederbelebung frühkapitalistischer Akkumulation missbrauchen. Und jetzt Ceuta und Melilla. Und jetzt die schwarzen Drogendealer auf der Wiener Ringstraße. Und jetzt die nicht gemeldeten, weil nicht arbeitsberechtigten Menschen aus unendlich weit entfernten

ten Nicht-Heimaten. Heribert Prantl – siehe Einleitungszitat – hat Recht. Wir können gar nicht mehr gefragt werden, ob wir das alles wollen, nur mehr, wie wir es haben möchten, wenn wir es nicht so – also naturwüchsig, mythifiziert, gewaltsam – haben wollen.

Was ist dem neuen Europa gemeinsam, sind wir alle Nachbarn im kleinstteiligen Kontinent? (Die Frage sollte zunächst nicht lauten, welche Gemeinsamkeiten wir pflegen und entwickeln wollen.) Das neue Europa wird eine ganz neue Zusammensetzung von Europäern haben. Die Antwort ist nur legitim, wenn wir ein ›Wir‹ als Subjekt eines weitgehend verallgemeinerungsfähigen Satzes setzen dürfen.

Ist es so schwierig, einander zu verstehen? Ja. Und es ist sicher, dass nicht einmal ein viel besserer Wille reicht als wir konstatieren können? Verstehen ist mehr als die ethnopluralistische Toleranz, dem anderen großzügig zu gewähren, dass er bleibt wie er anscheinend ist. Dabei geht es um konkrete, lebensweltliche Erfahrungsräume, in denen Ahnen nichts, Wissen fast alles ist. Nehmen wir ein ganz einfaches Beispiel: sozialistische Reste, westliche Wohlstandsreste, afrikanische Kolonialerfahrung, Erinnerung an Befreiungskriege der dritten Generation, Überbauung des alten Islam durch den wahabitischen Islamismus ... Da schüttelt der Westspießler den Kopf, dass im Osten ein bestimmter Flügel der ehemaligen Kommunisten wieder Zugewinne bei Wahlen und an Popularität einführt, und zwar mit sozialpolitischen wohlfeilen Verteilungsparen und mit nationalen Ressentiments (›Ausverkauf‹). Die westliche Anpassung im Renten- und Sozialbereich wird vom Osten nicht mit Häme, sondern mit Erschrecken beobachtet. Im Sozialismus wurde die Armut und die Arbeit nach unten hin gleich verteilt, die kleine Einkommenselite blieb so weit von dieser breiten Basis entfernt, dass das ›Unten‹, so etwas wie die Brüderlichkeit der Depravierten, Kultur stiftend werden konnte. Im Westen schien alles selbst dort besser, wo es soziale Brennpunkte gab. Dass die Europäer des Ostens durch die westliche Wirtschaftskrise weit mehr um ihre Friedensdividende geprellt werden als durch die Misswirtschaft in den eigenen Reihen, will man nicht verstehen. Der Westen barmt, dass er Armut lernen muss, der Osten giftet, dass er von dort keinen Wohlstand heimholen kann. Das kann man verstehen, wenn man einige soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge

kennt und sie nicht nur national gefärbt-einseitig übernimmt. Wer also macht die Menschen für dieses Verständnis kompetent? Ich denke, wir müssen weiter ausholen, denn die innereuropäische Wohlstandsverteilungsdiskussion ist eine blutarme Chimäre. Es werden mehr Menschen kommen, für die schon Moldavien oder Albanien oder Lampedusa oder Ceuta ein sicherer Ort ist, wenn auch nur eine Übergangsstation. Multikultur besteht dort, wo die Migration die demografischen Verwerfungen beeinflusst, sollten wir sagen.

Kennen Lernen ist nicht schon per se eine kulturelle Erfahrung, wenn man Kultur als Tünche verallgemeinert. Der Weg durch das Wissen über das Für-wahr-Nehmen und Zur-Kenntnis-Nehmen zum Verständnis setzt Konfliktbereitschaft und Wissen voraus. Die eine ist eine Frage auch unserer Bildungsanstrengungen und die zweite eine der Anschauungspolitik. Für beide braucht man Geld, Mobilität, Konzepte und Menschen, die bereit sind, über ihre Interessen hinaus etwas in die Hand zu nehmen, ohne diese Interessen zu verbiegen. Für beide muss es einige rechtliche Rahmenbedingungen geben, die Brüssel zur Konventionalisierung der kulturellen Sphäre im Rahmen der EU führen.⁴ Das Problem ist, dass Brüssel bisher keine auswärtige Kulturpolitik anzubieten hat, sondern seine Bildungsprogramme und die Kultur unter das Subsidiaritätsprinzip stellt, zugleich aber supranational das zusammenhalten muss, was nationalstaatlich nicht mehr trägt. Ich befürworte sehr die Ausweitung der Union um einen europäischen Kulturraum, der analog zur »Bologna-Erklärung« mit ihrem europäischen Hochschulraum wirkt. Das Wichtigste daran ist, dass Bologna noch gar nicht Zeit hatte, eine neue strukturelle Identität der europäischen Hochschulen zu schaffen, da wird es schon von außerhalb Europas als Maßstab und Form akzeptiert und adaptiert.⁵

4 Vgl.: Jochen Fried (2004), Cultural Cooperation within the Wider Europe ... »Sharing Cultures« loc. cit.

5 Im Rahmen der Präsidenschaften von Großbritannien (2005) und Österreich (1. Hälfte 2006) werden die Bemühungen um einen europäischen Forschungs- und Bildungsraum als Ergänzung zum Hochschulraum verstärkt.

PISA im Bildungsbereich und die unsäglich rückwärts gewandte Familiendiskussion durch Herrn de Fabio und die Kultusminister haben uns gezeigt, dass innerhalb Europas viele Länder vieles besser machen als wir in Deutschland. Weltinnenpolitik ist Europainnenpolitik ist deutsche Politik. Wir können bestimmte Probleme, etwa die Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit, auch die von herkunftsunabhängiger Arbeitsberechtigung und sozialer Sicherung, mit einer ›Kultur der Kargheit‹ innerhalb der sozialen Netzwerke lösen. Das gilt für die vielen armen Deutschen wie für die meisten Zuwanderer.

Nachbarn sollten gemeinsame Schulen und Hochschulen bauen, gemeinsam ihre Theater und Galerien subventionieren, gemeinsame Stadt- und Regionalschreiber anheuern. Aber sie sollten dies immer als Bruch mit den bestehenden Brüchen und Friktionen tun: nicht Gemeinsames schaffen, indem vergangene Konflikte geglättet werden, sondern Trennendes bestehen lassen, indem man dafür eine gemeinsame Sprache und Übersetzung findet.⁶ Bevor wir zur gewährenden Toleranz kommen und zum pluralen Nebeneinander von allem und jedem, müssen wir uns bequemen, eine Grundregel freier Gesellschaften auch auf alle kulturellen Sphären anzuwenden: Lebensweltliche und alltagspraktische Sinngebungen konkurrieren, sie sind nicht an die Nationalität ihrer Träger gebunden. In dieser Konkurrenz gibt es immer welche, die nicht zum Zug kommen. Und es gibt welche, die sich zu stark gegen alles und jeden durchsetzen. Deshalb die Forderung nach einem europäischen Kulturraum, dessen Standards als europäisch definiert werden und damit erst einmal europäisch werden können. Und die Frage ist weder zynisch noch ironisch zum Abschluss gestellt: Warum sollen diese Grundsätze nicht für alle gelten, die nun mal hier sind, nicht nur da?

6 Vgl. dazu den vorzüglichen Artikel von Gunter Hoffmann: »Verkrampft in alle Ewigkeit«, in: Die Zeit Nr. 32 vom 29. Juli 2004. Darin der Satz: »Man macht viel falsch. Man besucht sich. Und schaut sich nicht an.«

Literatur

- Daxner, Michael (2004): *Politická kultura a občan – Politische Kultur und Bürger. Kulturpolitik unter Nachbarn*. In: E. Trützschler v. Falckenstein/E. Voracek (Hg.), *Politische Kultur – Politická kultura*. Prag.
- Fried, Jochen (2004): *Cultural Cooperation within the Wider Europe ... »Sharing Cultures«*, Vortrag European Cultural Foundation, Amsterdam 2004.
- Huntington, Samuel P. (2005): *Who are We? Die Krise der amerikanischen Identität*. Wien, Frankfurt am Main.
- Lutter, Christina (2003): *What's been going on?*. Wien.

